

Entscheidungen des Bundesgerichts, I. sowie II. sozialrechtliche Abteilung

Urteile veröffentlicht im Juni 2018

AHV

Urteil vom 17. Mai 2018

9C_308/2017

Psychotherapie; Tätigkeit bei einem Institut; Klärung der Frage, ob eine selbständige oder eine unselbständige Tätigkeit vorliegt

Art. 5 Abs. 1, Art. 9, Art. 13 AHVG

Abgrenzung der selbständigen von der unselbständigen Erwerbstätigkeit (E. 4.2). Im konkreten Fall – Tätigkeit in einem Institut als Psychotherapeutin – fehlt es an einem spezifischen Unternehmerrisiko (E. 6.2.1). Ob das Unterscheidungsmerkmal des unternehmerischen Risikos *nicht* in den Hintergrund zu treten hat, wenn im konkreten Fall einer üblicherweise investitionsarmen Dienstleistungstätigkeit dennoch beträchtliche Aufwendungen erbracht werden, kann offen bleiben (E. 6.2.2). Im konkreten Fall ist massgebend, dass sich die Qualitätsanforderungen des Instituts wie ein roter Faden durch den Sachverhalt zieht (E. 6.3.4).

Urteil vom 11. Juni 2018

9C_377/2017

Betreuungsgutschriften beim Aufenthalte der betreffenden Person im Alters- und Pflegeheim

Art. 29^{septies} Abs. 3 lit. c AHVG, Art. 52f Abs. 1, Art. 52k AHVV

Umschreibung des Anspruchs auf die Betreuungsgutschrift (E. 4.2 bis 4.4). Es ist mit der Regelungsabsicht des Gesetzgebers nicht vereinbar, Betreuungsgutschriften Versicherten zuzuerkennen, deren mindestens im mittleren Grade hilflose Angehörige in einem Pflegeheim leben (E. 4.4).

IV

Urteil vom 7. Mai 2018

8C_680/2017

Wiedererwägung; Rentenbezug während 20 Jahren

Art. 53 Abs. 2 ATSG

Im Bereich des Sozialversicherungsrechts gelten bezüglich der Wiedererwägung spezifische Grundsätze (E. 4.1.3.1). Die lange zeitliche Dauer des Leistungsbezugs könnte an sich eine spezifische Fallgruppe rechtfertigen, bei welcher der Vertrauensschutz besonders zu gewichten wäre. Indessen wird dem besonderen Schutzbedarf nach langjährigem Leistungsbezug insoweit Rechnung getragen, als diesfalls die Frage der zumutbaren Selbsteingliederung besonders zu prüfen ist (E. 4.1.3.2).

Urteil vom 17. Mai 2018

9C_36/2018

Berufswechsel mit Blick auf Verbesserung der Arbeitsfähigkeit; bisherige landwirtschaftliche Tätigkeit

Art. 16 ATSG, Art. 28a IVG

Die Frage, ob ein Berufswechsel im Rahmen der Schadenminderungspflicht verlangt werden kann, stellt eine Rechtsfrage dar; Überblicke über die dazu entwickelte bisherige Rechtsprechung (E. 4.2). Im konkreten Fall kann von der versicherten Person, welche bisher selbständig in der Landwirtschaft tätig war, ein Berufswechsel in eine unselbständige Erwerbstätigkeit verlangt werden (E. 4.3).

Urteil vom 22. Mai 2018

8C_179/2018

Invalidität; Vergleichseinkommen; Leidensabzug

Art. 8, Art. 16 ATSG

Voraussetzungen dafür, bei Tabellenlöhnen der LSE einen Abzug vorzunehmen (E. 3.3). Einen Tabellenlohnabzug können nicht vorhersehbare und schwer kalkulierbare Absenzen, wie sie durch Krankheitsschübe verursacht werden, rechtfertigen (E. 4.2).

Urteil vom 25. Mai 2018

8C_189/2018

Frühinvaliden Versicherte; Einordnung des konkreten Sachverhaltes

Art. 26 Abs. 1 IVV

Bestimmung des Valideneinkommens bei Personen, welche wegen der Invalidität keine zureichenden beruflichen Kenntnisse erwerben konnten (E. 4.1). Bei der Beurteilung der Frage nach dem Vorliegen einer Frühinvalidität kommt es nicht nur auf den Intelligenzquotienten an. Vielmehr ist die Gesamtheit der gesundheitlichen Beeinträchtigungen massgebend (E. 4.2.3).

Urteil vom 30. Mai 2018

9C_767/2017

Abklärung des Sachverhaltes; Einbezug der betreffenden Person

Art. 43 ATSG

Abklärung einer allfälligen Hilflosigkeit (E. 3.2). Wenn die Hilflosigkeit lediglich in einem Gespräch mit der Tochter der betreffenden Person abgeklärt, ohne dass sich die betreffende Person selber in das Gespräch einbringen kann, liegt ein Abklärungsbericht ohne Beweiswert vor (E. 3.4).

Urteil vom 31. Mai 2018

9C_847/2017

Aufklärungspflicht des Versicherungsträgers

Art. 27 Abs. 2 ATSG

Wenn für die versicherte Person klar erkennbar wird, dass ein durch die Vorsorgeeinrichtung eingereichtes Rechtsmittel die IV-Rente in Frage stellt, besteht bezogen auf den entsprechenden Sachverhalt keine Beratungs- und Aufklärungspflicht der IV-Stelle; wenn die betreffende Person die Rente der IV-Stelle weiterhin entgegennimmt, handelt sie nicht gutgläubig.

Urteil vom 4. Juni 2018

9C_230/2018

Rechtsverzögerung bei Erteilung eines Gutachtensauftrags

Art. 29 Abs. 1 BV, Art. 44 ATSG

Eine Frist von 12 Wochen bis zum Eintrag eines Gutachtensauftrags auf der Plattform MED@P stellt keine rechtsverzögernde Handlung dar, auch wenn es sich um eher lange Frist handelt (E. 3.3). Im Bereich der Massenverwaltung sind entsprechende Stillstände unvermeidlich (E. 3.3).

Urteil vom 5. Juni 2018

9C_197/2018

Posttraumatische Belastungsstörung; Motorradrennen

Art. 7, Art. 8 ATSG

Aus dem Vorliegen eines Wagnisses ergibt sich nicht automatisch die Geeignetheit des Ereignisses, eine posttraumatische Belastungsstörung zu bewirken; vorausgesetzt ist nämlich ein Ereignis oder eine Situation mit aussergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigem Ausmass (E. 6.2.2).

Bezogen auf einen Unfall beim Start eines Motorradrennens sind diese Voraussetzungen im konkreten Fall nicht erfüllt (E. 6.2).

EL

Urteil vom 28. Mai 2018

9C_877/2017

Parteientschädigung im Einspracheverfahren

Art. 52 Abs. 3 ATSG

Die Zusprechung einer Parteientschädigung im Einspracheverfahren lässt sich weder aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen noch aus den Verfahrensgarantien der Bundesverfassung ableiten. Im Einspracheverfahren gemäss Art. 52 ATSG kann die Ausrichtung einer Parteientschädigung nur als geboten betrachtet werden, wenn die betreffende Person im Falle des Unterliegens die unentgeltliche Vertretung hätte beanspruchen können (E. 8.2).

BV

Urteil vom 28. Mai 2018

9C_533/2017

Zuständigkeit der Vorsorgeeinrichtung bei Invalidenleistungen

Art. 23 lit. a BVG

Eine Unterbrechung des zeitlichen Konnexes zwischen Arbeitsunfähigkeit und späterer Invalidität kann nur angenommen werden, wenn während mehr als dreier Monate eine Arbeitsfähigkeit von über 80 % gegeben ist; eine Arbeitsfähigkeit von genau 80 % genügt nicht (E. 2.1.2). Eine Reduktion des Arbeitspensums aus gesundheitlichen Gründen ist ein bedeutender Anhaltspunkt für das Vorliegen einer berufsvorsorgerechtlich relevanten Arbeitsunfähigkeit, auch wenn sie allein in der Regel nicht für den Nachweis einer funktionellen Leistungseinbusse genügt (E. 2.1.2).

Urteil vom 7. Juni 2018

9C_837/2017

Invalidität in der beruflichen Vorsorge; nichtversicherte Tätigkeit

Art. 23 lit. a BVG

Im konkreten Fall ist massgebend die Invalidität bezogen auf die versicherte Tätigkeit. Wenn bei einer Vollzeittätigkeit daneben bei einem anderen Arbeitgeber eine Tätigkeit ausgeübt wird (und damit das erwerbliche Arbeitspensum insgesamt mehr als 100 % beträgt), ist für die Bestimmung der

Invalidität einzig dasjenige Pensum massgebend, das bei einem angeschlossenen Arbeitgeber ausgeübt wird; ein nebenberuflich ausgeübtes Amt als Gemeinderat fällt bei der Bestimmung der Invalidität ausser Betracht (E. 5.3).

KV

Urteil vom 28. Mai 2018

9C_617/2017

Ausserkantonale Behandlung; stationäre Behandlung; kantonaler Anteil

Art. 39 Abs. 1, Art. 41 Abs. 1bis, Art. 49 Abs. 2 KVG

Auswirkungen von festgelegten Behandlungszahlen im Rahmen der Spitalplanung; ausserkantonale Behandlung; interkantonale Koordinierungspflicht (E. 5.2).

UV

Urteil vom 16. Mai 2018

8C_743/2017

Invalidität; Vergleichseinkommen

Art. 16 ATSG

Formulierung des Rechtsbegehrens; insbesondere Stellung eines hinreichenden Antrags (E. 2). Im konkreten Fall kann das Invalideneinkommen auf Grund der von der Suva ursprünglich ausgewählten DAP-Profile bemessen werden; damit kann die kantonale Gerichtsstanz das Invalideneinkommen nicht nach der LSE-Methode bemessen (E. 7).

Urteil vom 17. Mai 2017

8C_227/2017

Invalideneinkommen; Leidensabzug

Art. 16 ATSG

Bestimmung der Höhe des allfälligen Leidensabzugs; fortgeschrittenes Alter. Die Frage kann weiterhin offen gelassen werden, ob das Alter der versicherten Person ein Kriterium darstellt, vom statistisch ausgewiesenen Invalideneinkommen einen Abzug vorzunehmen; Hinweis auf Art. 28 Abs. 4 UVV (E. 5).

Urteil vom 24. Mai 2018

8C_248/2017

Rentenanpassung; Erheblichkeit der Veränderung

Art. 17 ATSG

Die Frage kann offen bleiben, welches Ausmass von Veränderung im Bereich der prozentgenauen Invalidenrente der Unfallversicherung sowie der Militärversicherung erfüllt sein muss, um eine erhebliche Änderung des Sachverhaltes anzunehmen (E. 4.3).

Urteil vom 30. Mai 2018

8C_734/2017

Wagnis; Umgang mit brennbarem Material

Art. 39 UVG, Art. 50 UVV

Bisherige Rechtsprechung zur Annahme eines Wagnisses (E. 4.1). Wer als 17-jährige Person mit einem Fussstoss einen Behälter mit brennendem Material ohne Sinn und Zweck wegstösst, begeht ein Wagnis (E. 4.2).

Urteil vom 6. Juni 2018

8C_441/2017

Kausalität von psychischen Folgen eines Unfalles; Schiessverletzung

Art. 4 ATSG

Hinweise allgemeiner Art zum natürlichen Kausalzusammenhang (E. 3). Einordnung des konkreten Sachverhaltes bezogen auf die Frage des natürlichen Kausalzusammenhangs; Verletzung einer Polizeiassistentin durch auf sie abgegebene Schüsse (E. 4, E. 5).

ALV

Urteil vom 15. Mai 2018

8C_526/2017

Insolvenzentschädigung; Abgrenzung gegenüber Arbeitslosenentschädigung

Art. 51 ff. AVIG

Massgebend für die Beantwortung der Frage, ob Anspruch auf Insolvenzenschädigung besteht, mithin geleistete Arbeit im Sinne von Art. 51 ff. AVIG vorliegt, ist die Abgrenzung gegenüber der Arbeitslosenversicherung und damit, ob die versicherte Person in der fraglichen Zeit

vermittlungsfähig war und die Kontrollvorschriften erfüllen konnte. Ist dies zu bejahen, so besteht kein Anspruch auf Insolvenzenschädigung (E. 6.1.2).

Urteil vom 23. Mai 2018

8C_685/2017

Beitragspflicht für die Arbeitslosenversicherung; mitarbeitende Familienmitglieder

Art. 2 Abs. 2 lit. b AVIG

Ein in einer AG als Angestellter mitarbeitender Aktionär gilt ungeachtet seiner Beteiligungsverhältnisse in der Gesellschaft grundsätzlich als Unselbständigerwerbender (E. 3.3.1). Prüfung des Sonderfalls eines landwirtschaftlichen Betriebs, der als „Familien-AG“ geführt wird (E. 3.3.2).